

3.10.1972  
La/rf

Eindrücke von der Jahresversammlung 1972 des  
Internationalen Währungsfonds und der Weltbank  
in Washington

---

1. Die Sitzung der "Zehner-Gruppe"

Wie in früheren Jahren fand auch dieses Jahr am Sonntag vor Beginn der Jahresversammlung (24. September 1972) eine Zusammenkunft der Finanzminister und Notenbankgouverneure der "Zehn" statt. An dieser Sitzung wird jeweils der Vorsitzende der Ministergruppe für das kommende Jahr gewählt, wobei die Sukzession in alphabetischer Reihenfolge (nach den französischen Länderbezeichnungen - massgebender Architekt der GAB und der "Zehner-Gruppe" war seinerzeit der französische Finanzminister Baumgartner) erfolgt. Demgemäss ging der Vorsitz nunmehr von den Vereinigten Staaten an Frankreich über. Secretary Shultz, der erstmals die "Zehn" präsierte (an den früheren Sitzungen hatte sein Vorgänger Connally den Vorsitz), wie auch sonst eine Reihe von neuen Gesichtern am Konferenztisch zu sehen waren (so der deutsche Wirtschafts- und Finanzminister Schmidt, der italienische Schatzminister Malagodi, der belgische Finanzminister Vléricq, der kanadische Finanzminister Turner), hatte deshalb die Wahl von Finanzminister Giscard d'Estaing zum neuen Vorsitzenden zu leiten. Diese Wahl bildete das wichtigste Geschäft der kurzen Sitzung. Im übrigen nahmen die Minister und Notenbankgouverneure einen kurzen Bericht des Vorsitzenden der Deputies, Ossola, der für ein weiteres Jahr in seiner Funktion bestätigt wurde, entgegen. (Die Stellvertreter sind im zurückliegenden Amtsjahr lediglich zu einer Sitzung (Juni 1972) zusammengetreten, um sich über die Frage der Aktivierung weiterer Sonderziehungsrechte in den kommenden Jahren zu unterhalten. Bekanntlich wurde dabei jedoch keine Uebereinstimmung erzielt, sondern der Entscheid absichtlich dem

Generaldirektor des Währungsfonds überlassen). Schliesslich hies-  
sen die Minister und Notenbankgouverneure der "Zehn" ein kurzes  
Communiqué gut, in dem u.a. auch ein sehr allgemein gehaltenes  
Mandat für die künftige Arbeit der Stellvertreter enthalten ist  
(".... that the Deputies should continue to carry out their  
traditional mandate to keep under review the functioning of the  
international monetary system in the light of the particular  
responsibilities of the Group of Ten"). Die "Zehner-Gruppe" be-  
schränkt sich damit bis auf weiteres wieder auf ihre ursprüng-  
liche Funktion im Rahmen der GAB, behält sich indessen die Mög-  
lichkeit vor, allenfalls in ihrem Kreise auch wieder Währungs-  
fragen zu erörtern, soweit sie ihre Mitgliedländer betreffen.  
(Diese letztgenannte Einschränkung ist von einigen Ländern an  
einer Vorbesprechung der Deputies ausdrücklich verlangt worden).  
Die Erörterung der internationalen Währungsprobleme, die von 1964  
bis 1971, also während rund sieben Jahren, vornehmlich im Kreise  
der "Zehn" erfolgte, geht an das neue, grössere Gremium, das  
"Committee of Twenty", im Währungsfonds über. Es ist nicht ohne  
Interesse, sich daran zu erinnern, dass es seinerzeit die  
Vereinigten Staaten waren, die eine Erörterung der Währungs-  
reformgespräche im Gefolge der britischen Vorstösse (Maudling-  
Plan) nur im begrenzten Kreise der damals neu geschaffenen  
"Zehner-Gruppe" wünschten. Der Anstoss zur Ersetzung dieses  
Gremiums durch ein neues, grösseres "Forum" geht bekanntlich  
ebenfalls wieder auf amerikanische Initiative zurück.

## 2. Die Währungsdiskussion an der Jahresversammlung

Die "Diskussion" an der Jahresversammlung der Bretton  
Woods-Institutionen wickelt sich bekanntlich in Form von An-  
sprachen der die Mitgliedländer vertretenden Gouverneure (zu-  
meist Finanz- oder Wirtschaftsminister) ab. Sie wurde dieses Jahr  
eingeleitet durch eine Rede Präsident Nixons, der unter ganz  
aussergewöhnlichen Sicherheitsvorkehrungen der Jahresversammlung  
während der Eröffnungszeremonie einen kurzen Besuch abstattete.

Nixon kündigte an, sein Land werde durch Secretary Shultz konkrete Vorschläge für eine Reform des internationalen Währungssystems unterbreiten. Seine eigenen Ausführungen befassten sich zur Hauptsache mit Problemen des internationalen Handels. Nixon teilte mit, dass die Vereinigten Staaten keine "inward looking"-Politik zu betreiben gedenken, dass sie vielmehr für einen möglichst freien Handels- und Zahlungsverkehr und enge Zusammenarbeit mit der übrigen Welt einzutreten gedächten, dass sie aber ihrerseits eine fairere Behandlung durch ihre Handelspartner verlangten. Insbesondere könne Amerika nicht zulassen, dass seine Wirtschaft Arbeitslosigkeit wegen eines für seinen Aussenhandel nachteiligen internationalen Handels- und Währungssystems in Kauf nehmen müsse. ("I will not condone the export of jobs out of the US by an unfairness built into the world's trading system").

Der amerikanische Präsident erhielt für sein Erscheinen und seine Darlegungen höflichen Applaus. In der amerikanischen Presse wurde sorgfältig registriert, dass der nach Nixon sprechende Generaldirektor des Währungsfonds, Pierre-Paul Schweitzer, indessen wesentlich grösseren Beifall erhielt. Dabei handelte es sich um eine offensichtliche Demonstration zugunsten Schweitzers und gegen die amerikanische Administration, die bekanntlich ihre Zustimmung für die Bestätigung Schweitzers für eine neue Amtsdauer verweigert hatte. Auf diese Affäre, welche die diesjährige Jahresversammlung überschattete, wird noch an anderer Stelle zurückzukommen sein.

Auf die Eröffnungsansprache Schweitzers, die im wesentlichen einem Rückblick auf das zurückliegende Jahr gewidmet war und in der Schweitzer mit Genugtuung feststellte, die diesjährige Währungslage sei wesentlich günstiger als vor Jahresfrist, sei hier nicht näher eingegangen.

Im Mittelpunkt der Reden der verschiedenen Gouverneure stand ihres Inhaltes (nicht so sehr ihrer Präsentation) wegen diejenige von Secretary Shultz, der, wie von Präsident Nixon

angekündigt, erstmals seit der Krise des letzten Jahres die amerikanischen Vorstellungen über eine Reform des internationalen Währungssystems vorlegte.

Bemerkenswert an der amerikanischen Position, wie sie Shultz darlegte, erscheint m.E. zunächst einmal, dass die ursprüngliche Forderung insbesondere Connallys, die Währungsfragen müssten zusammen und gleichzeitig mit den Handelsproblemen diskutiert und ausgehandelt werden, bedeutend abgeschwächt worden ist. Shultz stellte zwar fest, dass die Währungs- und Handelsfragen eng und komplex miteinander verknüpft seien und eine engere Integration zwischen GATT und IMF erreicht werden müsse. Im übrigen räumte er jedoch ein, dass die Handelsverhandlungen im GATT geführt werden sollten und dass die Währungsreformgespräche nicht auf diese Verhandlungen zu warten brauchten oder umgekehrt. Er fügte bei, dass bestimmte Punkte, wie Zollzuschläge oder Kapitalkontrollen, direkt vom "Committee of Twenty" behandelt werden müssten.

Im übrigen lassen sich die amerikanischen Reformüberlegungen wie folgt zusammenfassen:

Die USA anerkennen die Wünschbarkeit eines Systems fester Wechselkurse. Die Kurse sollen jedoch flexibler sein als bisher. Zu diesem Zweck sollen weitere Kursmargen als früher (vor dem "Realignment") zur Anwendung gelangen, und zwar in einem Masse von bis zu rund + 4,5 % (total also 9 %). Diese Ziffern haben bisher lediglich den Charakter einer unverbindlichen Indikation. Die gleichen Margen sollen für die Kurse zwischen dem Dollar und den nicht-amerikanischen Währungen gelten. (Bisher war die Kursmarge gegenüber dem Dollar auf Grund des geltenden Interventionssystems zwangsläufig halb so gross wie unter nicht-amerikanischen Währungen). Die USA legen hier wie überhaupt ganz allgemein grösstes Gewicht auf Gleichbehandlung oder was sie "need for symmetry" bezeichnen. Eine solche Margengleichheit impliziert ganz bestimmte Konsequenzen für das Interventionssystem, um die Wechselkurse innerhalb der vorgesehenen Limiten zu halten. (Intervention in mehreren Währungen parallel).

Die USA sind bereit, Mitgliedländern einer Währungsunion oder einer traditionellen Währungszone (Sterling- und Franc-Zone) die Einhaltung engerer Kursmargen unter sich zuzugestehen. Desgleichen sind sie damit einverstanden, die Möglichkeit einer Freigabe des Wechselkurses einzuräumen unter der Bedingung, dass ein Land, welches zu dieser Lösung greift, strafferen Verhaltensnormen auf anderen Gebieten unterworfen wird.

Zur Gewährleistung eines besseren Zahlungsbilanzausgleichs sollen geeignete Massstäbe für Wechselkursänderungen und ein angemessenes Mass an Reserven, bzw. für deren Zuwachs, aufgestellt werden. Hier wird insbesondere die amerikanische Forderung nach einer "besseren Symmetrie" für den Zahlungsbilanzausgleich der Ueberschussländer wiederholt. Als Richtschnur soll dabei ein unproportionierter Zuwachs der Währungsreserven zusammen mit "supplementary guides" dienen. (".....disproportionate gains or losses in reserves may be the most equitable and effective single indicator we have to guide the adjustment process"). Die Anpassung soll primär durch Wechselkurskorrekturen erfolgen. Nur in ausserordentlichen Verhältnissen und für eine begrenzte Dauer sollen direkte Restriktionen allgemeiner und nicht-diskriminatorischer Art zugelassen werden. Ein Land, dessen Reserven "disproportionately" zunehmen, hätte mit Sanktionen zu rechnen, und zwar zunächst/ mit dem Verlust auf das Recht zur Konversion seiner Devisenzugänge oder "in the absence of a truly effective combination of corrective measures" damit, dass die übrigen Länder ermächtigt würden, einen Zollzuschlag auf den Importen des chronischen Ueberschusslandes zu erheben.

Die Versorgung der Welt mit Währungsreserven soll primär durch Sonderziehungsrechte (SZR) gewährleistet werden, deren Stellung zu diesem Zweck zu verstärken wäre. Die SZR sollen formell zum Standard (numéraire) des Systems (keine Goldbindung mehr) erklärt und von allen bisherigen Beschränkungen (Rekonstitutionspflicht, Designierung durch den IMF bei ihrer Verwendung, Annahmelimiten etc.) befreit werden. Während grundsätzlich zum Ausdruck

gebracht wird, dass das Halten von Devisenreserven weder ausgeschlossen noch ermutigt werden soll, räumt Shultz doch - der Anregung Schatzkanzler Barbers vom letzten Jahr folgend - ein: "... careful study should be given to proposals for exchanging part of existing reserve currency holdings into a special issue of SDR ....", allerdings "... at the option of the holder". Bisher hatten die USA eine Erörterung einer "Konsolidierung" ausstehender Dollarverbindlichkeiten abgelehnt. Die Rückkehr zu einem auf einem Gold-Standard beruhenden System (Fixierung von Goldparitäten) wird als zu starr abgelehnt, wobei zugegeben wird, dass bestehende Gold-Währungsreserven nicht von heute auf morgen verschwinden werden.

Die Anwendung von Kontrollen der Kapitalbewegungen wird von der amerikanischen Administration offensichtlich ungern gesehen. Die betreffende Stelle ist sehr kurz und lautet: "Controls on capital flows should not be allowed to become a means of maintaining a chronically undervalued currency", eine Stelle, die für die Schweiz von einigem Interesse ist.

Bemerkenswert sind die Ausführungen über die institutionellen Konsequenzen der skizzierten Reformvorstellungen. Zunächst wird festgestellt, dass der Währungsfonds die neuen Spielregeln zu überwachen haben werde und daher eine "more critical role in the world economy" werde einnehmen müssen. Dann folgt ein etwas kryptischer Passus, der m.E. von einiger Bedeutung ist. Er lautet: "International decision-making will not be credible or effective unless it is carried out by representatives who clearly carry a high stature and influence in the councils of their own governments. Our international institutions will need to reflect that reality, so that in the years ahead national governments will be intensively and continuously involved in their deliberations and processes". Dies deutet auf die Absicht hin, die bisherige Struktur des Entscheidungsfallens im Währungsfonds in der Richtung abzuändern, dass dem Rat der Exekutivdirektoren und insbesondere dem Generaldirektor ein Gremium von Regierungsvertretern, bzw.

ein Ministerrat, übergeordnet wird. Ein Ansatz dazu besteht bereits im "Committee of Twenty". Auf diesen Punkt wird noch einmal zurückzukommen sein.

Vermerkt zu werden verdient schliesslich die Erklärung, die USA seien bereit, nach einer Uebergangsphase, d.h. " .... on our reaching a demonstrated capacity .... to meet the obligation in terms of our reserve and balance of payments position", die Verpflichtung zur Konversion offizieller Dollarguthaben in andere Reservemedien zu übernehmen. Als weitere Bedingung hiefür wird die Herstellung eines "befriedigenden" Währungssystems erwähnt.

Von den übrigen Reden verdient insbesondere diejenige des französischen Wirtschafts- und Finanzministers Giscard d'Estaing Erwähnung. Dem Vernehmen nach trug er eine Fassung vor, die erheblich konzilianter war, als die ursprüngliche, die er von Paris mitgebracht hatte. Anscheinend hatte man in Frankreich eine härtere Haltung der Vereinigten Staaten erwartet. Dem doch relativ konstruktiven Grundton der Rede Shultz' wollte der französische Minister wahrscheinlich durch eine ebenfalls entgegenkommende Haltung Rechnung tragen. Er sprach dies auch aus, indem er feststellte, die bereits vorgetragenen Ideen "... témoignent ... du souci de réalisme et du sens de la tolérance ...". Dies stelle einen echten Fortschritt dar. Ueber die Grundzüge des künftigen Währungssystems bestünde praktisch Uebereinstimmung, nämlich:

1. dass es ein System mit festen, aber anpassungsfähigen Wechselkursen sein müsse,
2. dass die wichtigsten Währungen eine Verpflichtung zur Konversion übernehmen müssten,
3. dass sich alle Nationen der Disziplin des Zahlungsbilanzausgleichs zu unterziehen hätten,
4. dass die Schaffung zusätzlicher Währungsreserven nur zur Deckung eines globalen Bedarfes und unter Gewährleistung der Stabilität des Systems erfolgen dürfe, und
5. schliesslich dass die kurzfristigen Kapitalbewegungen einer wirksameren und besser koordinierten Kontrolle zu unterstellen seien.

Giscard d'Estaing entwickelte dann einen Drei-Stufen-Plan. In einer ersten Phase, nämlich bis zur nächsten Jahresversammlung, sollte eine Verständigung über das Wechselkurs-System und über die spezifischen Währungsdispositionen zugunsten der Entwicklungsländer erzielt werden. Das Wechselkurs-System solle feste Kurse vorsehen, die jedoch bei Bedarf angepasst werden müssten. Dabei gelte es, zweierlei zu vermeiden: einmal dürften Wechselkursanpassungen nicht als Ersatz für interne Massnahmen zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts dienen. Ferner dürften die Kursänderungen nicht auf Grund automatischer Anwendung bestimmter Kriterien erfolgen. Der französische Wirtschafts- und Finanzminister stellt sich damit, wie übrigens auch sehr prononciert sein britischer Kollege, den von Shultz diesbezüglich geäusserten Ideen entgegen.

Frankreich - auch hierin auf der gleichen Linie wie Grossbritannien - möchte sodann dem Drängen der Entwicklungsländer nach einem "Link" nachgeben. Ebenfalls in der ersten Phase soll zu diesem Zweck den Entwicklungsländern "un montant limité de droits de tirage spéciaux" zugeteilt werden. In den darauf folgenden Jahren wäre diesen Ländern "une fraction" der zusätzlichen, für die Industrieländer bestimmten SZR abzuzweigen. Diese Umverteilung müsse selbstverständlich von einer entsprechenden Uebertragung realer Ressourcen namentlich seitens jener Industrieländer begleitet sein, die noch nicht 1 % ihres BSP an Entwicklungshilfe leisteten. Die Einführung eines "Link" zwischen Schaffung von zusätzlichen Währungsreserven und Entwicklungshilfefinanzierung, eine Idee, die ursprünglich namentlich in der "Zehner-Gruppe" von allen Industrieländern und nicht zuletzt von Frankreich einhellig als unsinnig, weil eindeutig inflatorisch, abgelehnt worden war, dürfte sich damit nicht mehr länger aufschieben lassen.

In einer zweiten Phase, deren Dauer von Giscard d'Estaing nicht näher umschrieben wurde, wäre die Konvertibilität der Währungen wieder herzustellen. Der Saldenausgleich zwischen den Notenbanken sollte in der Folge nur noch mit einem Reserve-Medium



erfolgen, das nicht von einem einzelnen Land geschaffen werden kann, d.h. also nicht mit einer Reservewährung. Für die bestehenden Devisenreserven müsse eine Konsolidierung geprüft werden. Schliesslich sei in dieser Phase auch eine Lösung für die bessere Kontrolle der störenden Kapitalbewegungen zu finden, wobei sowohl die Länder, welche Mittelabflüsse zu verzeichnen haben, als auch jene mit Zuflüssen zusammenarbeiten müssten.

Erst in der dritten Etappe wären die fundamentalen Probleme des Standards des Währungssystems (*étalon de référence*) und der Versorgung mit zusätzlichen Reserven zu lösen. Dabei müsse in Zukunft jede Wiederkehr eines Devisen-Standards vermieden werden. Nur zwei Möglichkeiten kommen demgemäss nach französischer Auffassung in Frage: eine Bindung ans Gold (ohne jede Bindung an eine Reservewährung) oder eine solche an eine abstrakte Einheit. Es sei zu befürchten, dass bei der letztgenannten Lösung das neue Reserve-Medium durch übermässige Schaffung von Liquidität entwertet werde. Ein unparteiischer Wertmassstab würde gegen solche Uebermarchungen besser schützen. Recht aufschlussreich für den verbindlichen Ton der Ausführungen Giscard d'Estaings ist die Tatsache, dass er es offensichtlich vermeiden wollte, ausdrücklich das Festhalten an einem Gold-Standard zu postulieren. Er kleidete diesen Passus in eine Frage: "ce témoin impartial chacun ne le connaît-il pas?".

Bei näherer Analyse wird man feststellen müssen, dass bei aller Konzilianz im Tone und gewissen Annäherungen doch nach wie vor recht handfeste Meinungsverschiedenheiten über wesentliche Punkte einer Währungsreform zwischen den beiden vermutlich extremsten Konzeptionen im Kreise der Industrieländer, jener der USA und jener Frankreichs, bestehen bleiben.

Auch in bezug auf die Aktivierung weitere Sonderziehungsrechte in den kommenden Jahren gehen die Auffassungen weiterhin beträchtlich auseinander. Während Frankreich für eine Zuteilung an die Entwicklungsländer sprach, traten Grossbritannien und Italien für eine allgemeine Schaffung weiterer SZR ein. Die

Bundesrepublik und Holland lehnten dagegen eine weitere Schaffung von Währungsreserven als ungerechtfertigt ab. Der deutsche Wirtschafts- und Finanzminister war ausser dem südafrikanischen Finanzminister, der einmal mehr für eine Erhöhung des offiziellen Goldpreises eintrat, so ziemlich der einzige Fürsprecher vermehrter Preisstabilität. Er setzte damit die Tradition seiner Vorgänger im Gouverneursrat fort. Schmidt scheute sich nicht, im Zusammenhang mit den SZR von einer Wunderdroge zu sprechen und vor der Gefahr einer weltweiten Narkotisierung zu warnen.

### 3. Die "Affaire Schweitzer"

Nach den vorliegenden Informationen war den europäischen Ländern im Hinblick auf die Bildung des "Committee of Twenty" und auf die Ernennung eines Vorsitzenden der Stellvertreter dieses Komitees, welche die eigentlichen Reformverhandlungen zu führen haben werden, daran gelegen, Gewissheit über die Person des künftigen Generaldirektors des Währungsfonds zu haben. Es sollte, da die Amtsdauer des derzeitigen Generaldirektors P.-P. Schweitzer 1973 abläuft, jetzt schon Gewissheit darüber geschaffen werden, ob Schweitzer im Amt bleiben oder wer allenfalls sein Nachfolger würde, damit eine gewisse Kontinuität während der so bedeutsamen Zeit der Reformverhandlungen gewährleistet wäre. Die Person des Generaldirektors sollte sodann eine gute Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden der Deputies in Aussicht stellen. Deshalb sondierten Vertreter der europäischen Länder bei der amerikanischen Regierung über deren Haltung zu einer Bestätigung Schweitzers im Amte und stiessen dabei auf Ablehnung. In Washington hatte man offensichtlich nicht vergessen, dass Schweitzer im vergangenen Jahr von Anfang an offen für eine Abwertung des Dollars eingetreten war. Die ablehnende Haltung der amerikanischen Administration gegenüber Schweitzer wurde kurze Zeit vor der Jahresversammlung bekannt und löste erhebliche Reaktionen aus. Schweitzer gab an einer Pressekonferenz zu Beginn der Jahresversammlung zu verstehen, dass er nicht von sich aus zurückzutreten beabsichtige, sondern die Frage

seiner Wiederwahl in die Hände der Mitgliedländer lege. An der Jahresversammlung selbst erhielt er, wie bereits erwähnt, demonstrativ bei jeder sich bietenden Gelegenheit anhaltenden Applaus. Der britische Schatzkanzler ging in seiner Rede ausdrücklich auf die Angelegenheit ein und sprach unter grossem Applaus sein Bedauern über diesen Vorfall aus. Auch die Minister Schmidt und Giscard d'Estaing gingen in ihren Ansprachen darauf ein, wobei der letztgenannte bemerkte: "Dans une organisation internationale, régie suivant les principes démocratiques, il ne serait pas concevable que l'attitude ainsi prise par le plus grand nombre de ses membres soit délibérément ignorée".

Das amerikanische Vorgehen, das allgemein als äusserst ungeschickt bezeichnet wurde, hatte so zur Folge, dass sich eine Koalition bildete, die sich für Schweitzer aussprach. Das Pikante daran ist, dass sowohl Grossbritannien als auch Frankreich, die sich so betont für Schweitzer aussprachen, aus verschiedenen Gründen eigentlich ebenfalls nicht für seine Wiederwahl waren. Auch ihnen gegenüber war Schweitzer mit seiner verbindlichen, aber unabhängigen Haltung in früheren Jahren nicht genehm gewesen.

Im allgemeinen wird angenommen, dass trotz der momentan starken Unterstützung, die Schweitzer namentlich von europäischer Seite, aber auch von zahlreichen Entwicklungsländern, erhielt, seine Wiederwahl gegen den Willen der USA kaum durchgesetzt werden wird. Da die Angelegenheit nicht eilt, wird man im Laufe des kommenden Jahres vermutlich auf einen Kompromiss hintendieren, der beiden Seiten die Wahrung des Gesichts ermöglicht. Zu vernehmen war, dass die Amerikaner zugleich mit Schweitzer einige weitere führende Mitglieder des Währungsfonds-Staff, die ihnen unliebsam geworden sind, ausschalten möchten. Dies gilt insbesondere für den wichtigsten ökonomischen Berater Schweitzers, Polak. Schliesslich war aus Kreisen der Weltbank zu erfahren, dass die amerikanische Regierung die Absicht hatte, auch Präsident McNamara von der Weltbank, früher führendes demokratisches Kabinettsmitglied mit engen Beziehungen zur Familie Kennedy, auszubooten.

Als Ersatzkandidat war der frühere Schatzsekretär und Bankier (Republikaner) Douglas Dillon vorgesehen. McNamara ist dieser Absicht jedoch taktisch geschickt durch überraschend frühes Ansetzen seiner Wiederwahl zuvorgekommen. Er wurde für weitere fünf Jahre ab 1973 wiedergewählt.

#### 4. Das "Committee of Twenty"

Das "Committee of Twenty", das die Verhandlungen über die Währungsreform führen soll, setzt sich bekanntlich im Prinzip nach den gleichen Modalitäten zusammen, die für die Zusammensetzung der 20 Exekutivdirektoren gelten. Die fünf grössten Mitgliedstaaten (ihrer Quote nach), nämlich USA, Grossbritannien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland und Japan, bestimmen je ein Mitglied. Die übrigen 15 Mitglieder werden von Ländergruppen gewählt, die nach verschiedenen Gesichtspunkten (so sind z.B. alle skandinavischen Länder in einer Gruppe), zum Teil auch recht zufällig, zusammengesetzt sind. Innerhalb dieser Ländergruppen entstanden nun im Hinblick auf die Vertretung im "Committee" grosse Auseinandersetzungen. Jede Ländergruppe konnte grundsätzlich ein ordentliches Mitglied in das Komitee delegieren, in der Regel ist es der Finanzminister des Landes mit der grössten Quote. Ausserdem können zu jedem ordentlichen Mitglied noch zwei "Associates" ernannt werden, die den Delegierten an den Sitzungen des Komitees begleiten. Diese "Posten" wurden zumeist Ministern oder Notenbankgouverneuren von Ländern der Gruppe mit kleineren Quoten zugeteilt. Schliesslich galt es, für jede Gruppe zwei Deputies zu bestimmen. Die Deputies werden, wie bereits in der "Zehner-Gruppe", die eigentlichen Reformverhandlungen führen. Daher wurde um die Zusammensetzung der Deputies-Delegationen erheblich gerungen. In der von Belgien geführten Gruppe setzten es die Oesterreicher erst im letzten Moment durch, dass nicht beide Deputies von Belgien gestellt, sondern ein Platz einem Oesterreicher überlassen wurde. In der Gruppe Hollands wurde ein Sitz schliesslich dem Vertreter Israels zuerkannt. Die Entwicklungsländer sind im

Komitee mit 9 Sitzen, also recht stark, vertreten. Sie verfügen zusammen über eine starke Sperrminorität, und es wird befürchtet, dass sie davon zur Durchsetzung ihrer Anliegen Gebrauch machen, wobei sie sich bei Auseinandersetzungen zwischen den Industrieländern auf jene Seite stellen dürften, die ihnen am meisten behilflich ist.

Die erste und konstituierende Sitzung des Komitees fand noch während der Jahresversammlung in Washington, am Nachmittag des 28. September 1972, unter dem Vorsitz des diesjährigen Präsidenten des Gouverneursrates von Währungsfonds und Weltbank, des indonesischen Finanzministers Wardhana, statt. Dieser wurde in der Folge als Präsident des Komitees gewählt. Ferner wurde der Engländer Morse, Mitglied des Direktoriums der Bank of England, zum Vorsitzenden der Deputies gewählt. Er schwang nur relativ knapp gegen den Italiener Ossola, stellvertretender Generaldirektor der Banca d'Italia und Vorsitzender der Deputies der "Zehner-Gruppe", obenaus. Zu Vizepräsidenten wurden der Amerikaner Solomon (Direktor im Federal Reserve Board) und der Brasilianer Kafka (Exekutivdirektor) gewählt. Weitere Vizepräsidentenposten sind einem noch zu bestimmenden Japaner und einem Afrikaner zugedacht. Schliesslich wurde an der ersten Sitzung auch über die Zulassung bzw. Nicht-Zulassung von Beobachtern befunden. Nach Angaben aus dem Währungsfonds hatten ausser der Schweiz auch die OECD und die EWG ihr Interesse an einer Beobachterstellung angemeldet.

Die Deputies werden ihre erste Sitzung am 27. November 1972 in Washington abhalten. Es sind relativ häufige Sitzungen beabsichtigt, die in der Regel in Washington stattfinden sollen.

## 5. Das "Committee of Twenty" und die Schweiz

Auf Grund informeller Kontakte im Laufe des vergangenen Sommers hatte der Eindruck bestanden, die Schweiz werde auch in dieser neuen Gruppe bis zu ihrem allfälligen Beitritt zu den Bretton Woods-Institutionen einen Beobachter-Status zugestanden erhalten. Nachdem aus dem Währungsfonds via schweizerische Botschaft in Washington nach einer Klärung des schweizerischen Standpunktes gefragt worden war, hatte der Präsident des Direktoriums der Nationalbank in einem persönlichen Schreiben an Generaldirektor Schweitzer das Interesse der Schweiz angemeldet, sich an den Währungsgesprächen im Komitee der Zwanzig bis zu einem allfälligen Beitritt zum Währungsfonds durch Beobachter vertreten lassen zu können.

Kurz vor Beginn der Jahresversammlung war in Washington zu vernehmen, es bestünden Widerstände gegen eine Zulassung von Beobachtern der Schweiz in das "Committee of Twenty". Diese Widerstände kamen offensichtlich vor allem von amerikanischer Seite. Von amerikanischen Vertretern wurde geltend gemacht, es bestünden von verschiedenen Seiten ebenfalls Begehren um Zulassung als Beobachter, denen stattgegeben werden müsste, falls die Schweiz aufgenommen würde. Im persönlichen Gespräch mit einem Vertreter des "Treasury" war dann zu hören: "some people here are angry about your country". Es wurde nicht näher spezifiziert weshalb, sondern nur angedeutet, die Schweiz wolle überall einen Sonderstatus, ohne sich voll zu beteiligen. Die vermutlich zutreffende und wirkliche Begründung für die amerikanische Verärgerung ergab sich dann im Gespräch mit Vertretern unserer Botschaft, denen aufgefallen war, dass bis zum Zeitpunkt des Flugzeugbeschaffungsent-scheidendes des Bundesrates im Gespräche mit amerikanischen Regierungsvertretern stets als selbstverständlich galt, dass die Schweiz an den Währungsreformgesprächen der "Zwanzig" teilnehmen würde. Nach dem Entscheid gegen den Corsair war davon nicht mehr die Rede. Es besteht kein Zweifel, dass dieser Entscheid in der amerikanischen Administration eine starke Verstimmung hervorgerufen

hat. Gegenüber Vertretern unserer Botschaft war vor dem Entscheid der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben worden, dass der Entscheid allein auf Grund sachlicher Erwägungen über die Zweckmässigkeit des Flugzeuges getroffen werde. Man hatte in Amerika offensichtlich angenommen, dass der Entscheid unter diesen Voraussetzungen zugunsten des Corsair fallen werde und darauf offenbar im Hinblick auf den Werbeeffect und die positive Wirkung auf die Handelsbilanz auch erhebliches Gewicht gelegt.

Es ist verständlich, dass von Seiten der Entwicklungsländer keine grosse Unterstützung für uns zu erwarten war, da diese von einer Beteiligung der Schweiz eine Stärkung der Position der konservativen, gegen übermässige "SZR-Schaffung und gegen ein "Link" gerichteten europäischen Länder erwarteten.

Es bleibt abzuwarten, ob Vertreter der Schweiz in irgend einer anderen Form zu den Währungsreformgesprächen zugezogen werden sollen. In Washington war die Rede davon, schweizerische Delegierte könnten eventuell in persönlicher Eigenschaft als "consultants" zugelassen werden.

#### 6. Hinweis auf sich abzeichnende neue Entwicklungstendenzen

Zum Abschluss sei noch auf zwei Tendenzen hingewiesen, die Beachtung verdienen und die nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Frage eines Beitritts unseres Landes zu den Bretton Woods-Institutionen aufmerksam verfolgt werden müssen.

Die erste Tendenz, die sich abzeichnet, betrifft die institutionelle Umgestaltung des Währungsfonds, mit der im Rahmen der Reformbestrebungen in absehbarer Zeit gerechnet werden muss. Es ist bereits im Zusammenhang mit der Rede von Secretary Shultz darauf hingewiesen worden, dass die Vereinigten Staaten konkrete Vorstellungen über eine Umgestaltung der Währungsfondsorganisation angemeldet haben. Sie gehen in der Richtung, der bisherigen Leitung, die seinerzeit in Bretton Woods bewusst im Sinne eines möglichst von nationalen Interessen unabhängigen, von "echten"

internationalen Beamten besetzten Stabes unter Führung eines Generaldirektors gestaltet worden ist, ein "politisches" Gremium, das die Interessen der Mitgliedstaaten vertritt, in Gestalt einer Art Ministerrat vorzuschlagen. Die Organisation des Währungsfonds würde damit derjenigen der EWG oder der OECD angeglichen. Der Generaldirektor und das Direktorium würden zum Generalsekretär bzw. Generalsekretariat degradiert. Diese Lösung ist mit der Schaffung des "Committee of Twenty", das ja eine Art Ministerrat darstellt, tatsächlich bereits weitgehend vorgebildet und dürfte mit grosser Wahrscheinlichkeit bei der bevorstehenden Revision der Fondsstatuten ihren definitiven Niederschlag finden. Diese Tendenz wird fast zwangsläufig zu einer verstärkten "Verpolitisierung" des Währungsfonds und seiner währungspolitischen Entscheidungen führen. Die Auseinandersetzungen um Generaldirektor Schweitzer haben im übrigen deutlich gezeigt, dass wirklich unabhängige Persönlichkeiten, die ihr Amt primär im Interesse der internationalen Währungsordnung im allgemeinen und nicht einzelner Nationen auszuüben bemüht sind, auf den Unwillen jener Länder stossen, deren Anliegen eine solche Haltung zuwiderläuft. In den Auseinandersetzungen um eine Währungsreform zwischen den führenden Industrieländern dürften dabei, wie bereits angedeutet, die Entwicklungsländer das Zünglein an der Waage spielen, so dass in diese Konstellation fast zwangsläufig ein Hang zu eher largen, Disziplin-lockernden Lösungen eingebaut zu sein scheint.

Eine zweite Tendenz, die möglicherweise eher auf längere Sicht Bedeutung erlangen wird, zeichnet sich durch das Beitritts-gesuch Rumäniens zu Währungsfonds und Weltbank ab. Rumänien wird, abgesehen vom Spezialfall Jugoslawien, das erste kommunistische Mitgliedland der Bretton Woods-Institutionen sein. Eine Ablehnung seiner Kandidatur steht ausser Diskussion. Nach Angaben aus dem Stab des Währungsfonds hatte Rumänien zuvor die Sowjetunion von seiner Absicht unterrichtet, konnte jedoch keine Stellungnahme erhalten, so dass es sich ohne russischen "Segen" zur Unterbreitung des Gesuches entschloss. Die Frage der Beteiligung der osteuropä-



ischen Länder an den Bretton Woods-Institutionen soll an der nächsten Comecon-Tagung zur Behandlung gelangen. Wie uns seitens der ungarischen Notenbank bekannt ist, beabsichtigt auch Ungarn, dem Währungsfonds und der Weltbank beizutreten und hatte eigentlich gehofft, in dieser Hinsicht bahnbrechend für den Ostblock zu wirken.

Im Stab des Währungsfonds macht man sich Sorgen im Hinblick auf einen Zuzug osteuropäischer Länder, insbesondere aber der Sowjetunion. Allein schon die vorbereitenden Gespräche mit Rumänien scheinen erhebliche "technische" Probleme aufgeworfen zu haben, weil für dieses Land die im Westen gebräuchlichen Begriffe von Wirtschaft und Währung nicht anwendbar sind. Ein Beitritt der osteuropäischen Länder dürfte die bisherige Natur von Währungsfonds und Weltbank voraussichtlich grundlegend umgestalten. Die bereits oben angedeutete Tendenz zur "Verpolitisierung" dürfte dadurch noch potenziert werden. Es wird im Fonds damit gerechnet, dass, falls sich ein Beitritt der Sowjetunion und ihrer Satelliten abzeichnen sollte, Peking versucht sein dürfte, zuvorzukommen. Peking hätte es relativ einfach, sich einzuschalten, weil es lediglich Anspruch auf den bestehenden Sitz Chinas in den beiden Organisationen zu erheben braucht, der bisher von Taiwan eingenommen worden ist, um ohne weitere Prozeduren Mitglied zu werden.

Die Entwicklung bei den beiden bisher weitgehend sachorientierten Spezialorganisationen der UNO scheint somit in Richtung einer Annäherung an die Verhältnisse in der Mutter-Organisation zu verlaufen.

Für einen allfälligen Beitritt der Schweiz ist diese Tendenz insofern von Interesse, als sie die Ausgangssituation für eine Vertretung im Exekutivdirektorium und damit auch im "Committee of Twenty" beeinflusst. Bisher war anzunehmen, dass die Zahl der Direktoren-Sitze unverändert bleiben würde, so dass eine Vertretung der Schweiz in diesem Gremium zulasten eines bisher vertretenen Landes (man nahm im allgemeinen an, dass entweder Belgien oder Holland auf einen Sitz zu verzichten haben würden) gegangen wäre. Mit dem Beitritt Rumäniens und allfälliger weiterer ost-

europäischer Länder wird die Möglichkeit einer Erhöhung der Zahl der Sitze erwogen und angedeutet, die Schweiz könne sich zusammen mit den osteuropäischen Ländern über eine Vertretung durch diesen zusätzlichen Sitz arrangieren. Die Tatsache, dass sowohl Holland als auch Belgien bereits im "Committee of Twenty" vertreten sind, dürfte es ohnehin nicht leicht machen, der Schweiz auf Kosten eines dieser beiden Länder einen Vertreter im Exekutivdirektorium und im "Committee of Twenty" zu sichern.

---